

Der Kaiser bei Bismarck.

Ueber den Aufenthalt des Kaisers in Friedrichsruh stellen wir noch in Ergänzung der bereits mitgetheilten Telegramme Folgendes zusammen:

Trotz der strengen Absperrungsmaßregeln hatten sich am Nachmittag etwa 5000 Personen in der Umgebung des Schlosses zu Friedrichsruh eingefunden. Den Absperrungsdienst leistete die Hamburger und Meibeler Feuerweh, sowie die zusammengezogene Kreisgendarmerie. Gegen 4 1/2 Uhr trat Fürst Bis-marc aus dem Schloß in den Park und wurde vom Publikum mit brausem Jubel empfangen; da aber die Menge weithin zurückgedrängt ward, trat der Fürst an den kommandirenden Wachmeister heran und erklärte, daß er so strenge Maßregeln nicht wünschend und nun wurden die tausende von Zuschauern bis dicht an das Schloß zugelassen. Offizielle Persönlichkeiten und politische Notabilitäten waren in der Menge nicht zu bemerken. Gegen 5 1/2 Uhr trat der Fürst aus dem Portal des Parks, begleitet von Professor Schweninger und Dr. Gysander, seine zwei Doggen folgend ihm. Der Fürst trug unter dem neuen, ihm vom Kaiser geschenkten grauen Mantel die Parade-Uniform des ihm verlehnten Regiments der halberbädischen Kavallerie, hatte den Stahlhelm aufgesetzt und sah vorzüglich aus; Professor Dr. Schweninger hat überdies versichert, daß sich der Fürst vollkommen wohl befände. Pünktlich um 5 Uhr 57 Minuten vollte der aus acht Achsen bestehende Hofzug vor dem Schloßhof in Friedrichsruh ein, der Kaiser stand am Fenster in Marineuniform mit Mantel. Er wurde förmlich von der Menge begrüßt, sprang aus dem Wagen und umarmte den Fürsten, der darauf wiederholt dem Kaiser die Hände schüttelte. Im Geolge des Kaisers befanden sich auch Oberst Scholl, Geheimrath Dr. Lucanus, Major Wolke und v. Bülow. Nach erfolgter Begrüßung und Vorstellung begab sich der Kaiser neben Bismarck gehend, ins Schloß, woselbst im gelben Zimmer die Fürstin den Monarchen ehrfurchtsvoll begrüßte. Der Monarch sprach dort längere Zeit mit dem fürstlichen Paar allein, führte dann die Fürstin in den Salon und begab sich später in die für ihn bereiteten Gemächer. Um sieben Uhr fand das Souper statt, bei dem der Kaiser zwischen dem Fürsten und der Fürstin Platz genommen hatte und während dessen Dauer der Monarch dem Fürsten an zwei Garderegimenten die Verbesserungen der neuen Uniform zeigte. Das Souper bestand aus elf Gängen: Austern, Schiffs-treusenuppe, Forelle, Trüffelfauce, Fischbraten, Wildschweinsteak, Fasanen, Gänsepaten, Spargel, Zitronensauce, Käsebraten, Dessert. Der Fürst freudigte die historische Flasche Steinberger Kabinett mit einem Trinkspruch auf den Kaiser. Nach dem Essen verweilte der Kaiser in lebhafter Unterhaltung mit dem Fürsten, der Fürstin und den anderen anwesenden Persönlichkeiten. Der Kaiser stellte dem Fürsten zwei Solbaten verschiedener Waffengattungen der neuen Feldaus-rüstung vor. Nach Eintritt der Dunkelheit be-gann eine glänzende Illumination der Umgebung des Parkhofes und der in der Nähe liegenden Gebäude. Auf den Wäsen waren durch Tausende von Campions die Namenszüge „Wilhelm II.“ und „Bismarck“ dargestellt. Gleich nach dem Empfang des Kaisers begann das Diner (zu 12 Personen). Der Kaiser nahm zwischen dem Fürsten und der Fürstin Platz. Zu einer großartigen Dotation kam es bei der präzis 9 Uhr Abends erfolgten Abfahrt des Kaisers von Friedrichsruh, als der Kaiser, begleitet vom Fürsten Bismarck, das Schloß verließ, um den Zug zu besteigen. Die Wägen durchbrachen das Spalier der fackeltragenden Feuerweh und Gen-darmen und führten den Kaiser und den Fürsten umringend, die sich eben herzlich die Hände ge-schüttelt, zu dem Zuge, welchen der Monarch dann bestieg. Unausgesprochen mußte der Kaiser, der sichtlich bewegt war, dankend sich zeigen, wobei sich angesichts der jubelnden Menge die Abfahrt um einige Augenblicke verzögerte, bis von fröhlichen Hurra-rufen begleitet, der Zug sich um neun Uhr acht Minuten in Bewegung setzte. Bei der Rückfahrt des Fürsten zum Schloße umdrängte das Publi-kum den Wagen derart, daß es erst mit Hilfe der Feuerweh gelang, der Equipage durch die dichten Menschenmassen den Weg durch den Park zu bahnen.

Zum deutsch-russischen Handelsvertrage.

Berlin, 20. Februar.

Unter Vorsitz des Kommerzienraths Häfeler-Aueburg traten am Montag die Delegirten des Zentralverbandes deutscher Industrieller im großen Saale des Kaiserhofes zu einer Sitzung zusammen, deren hauptsächlichste Aufgabe die Stellungnahme der deutschen Industrie zum deutsch-russischen Handelsvertrage war.

Von den Mitgliedern des Zollbeiraths wohnten die Herren Reichs- und Abgeordneter Kommerzienrath Müller (Brackweide) und Kommerzienrath Vogel (Chemnitz) den Verhandlungen bei.

Nach einem warmen Nachruß, welchen der Vorsitzende dem verstorbenen Mitgliede Kommerzienrath Hugo Haniel gewidmet hatte, und nach Eröffnung des Berichtes über die geschäftliche Thätigkeit seit Februar 1893 referirte der Landtagsabgeordnete Generalsekretär H. A. Bueck über den deutsch-russischen Handelsvertrag. Der Berichterstatter schiedte voraus, daß wir uns unver-leibar vor einem epochemachenden Schritte auf dem Gebiete handelspolitischer Almachtungen be-finden. Redner legte zuvörderst die schwankende Handelspolitik Russlands seit 1822 dar, in welchem Jahre ein Tarif aufgestellt wurde, der über 300 Positionen enthielt, welche Einfuhrverbote be-trafen, neben 41 Ausfuhrverboten. Die nach ein-ander folgenden 7 Revisionen zeigen, in welch fortgesetzter Umhuhe diese Politik, welche darauf ge-richtet war, für Rußland eine eigene Industrie zu schaffen, sich befand. Bis zu einem gewissen Grade gelang dies auch, aber unter schwerer Schädigung des Handels; 1845 und 1849 er-folgten neue Revisionen und 1850 die Aufstellung eines neuen Tarifs, welcher jedoch bereits 1857 und 1858 erneut revidirt wurde. Der Kampf zwischen Freihandel und Schutzzoll zu Anfang der 60er Jahre brach auch in Rußland aus und der Freihandel siegte, indem 1868 ein wesentlich er-mäßigter Tarif in Kraft gesetzt wurde. Allein 1877 trat wieder eine Reaktion ein; mit der Er-

hebung der Zölle in Gold war eine sehr wesent-liche Erhöhung eingeführt. In Folge der schweren Opfer des türkischen Krieges wurden zunächst 1881 an finanziellen Gründen die Zölle erhöht, diese Erhöhung hat 1882 ihren Fortgang gefunden und nunmehr wurde zum Schutze der heimischen Industrie der Tarif fortgesetzt bis zu 1891 erhöht, in welchem Jahre der prohibitive Tarif in Kraft gesetzt wurde. Naturgemäß wurde Deutschland durch diese schwankende Politik stark in Mitleiden-schaft gezogen. Redner geht nunmehr auf die an den Abschluß der deutschen Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien und der Schweiz sich knüpfenden Ereignisse bis zu dem Zollkrieg des Jahres ein, um dann die Nothwendigkeit darzu-legen, welche für Deutschland wie für Rußland dazu geführt hat, in Verhandlungen einzutreten, um dem beiden Theilen zum Schaden gereichenden Zustande ein Ende zu machen. In dem vor-liegenden Vertrage sei diese Aufgabe gelöst und zwar unter Mitwirkung der namhaftesten Ver-treter der Industrie wie der Landwirtschaft. Was die erste betrefte, so habe sie der uner-müßlichen Thätigkeit ihrer Vertreter, Ober-Ber-g-rath Häfeler, Kommerzienrath Müller und Kommerzienrath Vogel den großen Erfolg zu danken, welcher in einzelnen weitgehenden Kon-zeptionen im russischen Tarife sich klar für Jedermann darstelle. (Lebhafte Zustimmung.) Referent behandelte hierauf diese einzelnen Zollermäßigungen in übersichtlicher, fasslicher Weise, erläuterte die neuen Bestimmungen über die Zollbefreiung, das Abkommen über den Eisenbahn- und Schiff-fahrtsverkehr und die 10jährige Dauer des Ver-trages. Den letzten Punkt betreffend zeigt Herr Bueck die Bedeutung der Feststellung, der Zölle für diese Zeitdauer an der Hand der Erhöhungen welche der russische Tarif allein in den Jahren 1884 bis 1886 erfahren hatte, die das Geschäft mit Rußland zu einem schadenbringenden, zum Mindesten aber unfruchtbar machten.

Zum großen Bedauern bekämpfte die bisher mit der Industrie so eng verbundene deutsche Landwirtschaft den Vertrag. Die Industrie habe die Pflicht, zu prüfen, ob diese Befreiung in den Thatfachen ihre Begründung finde. Redner bestritt, daß die Rußland zu gewährende Zoll-ermäßigung für Getreide der deutschen Landwirt-schaft zum Schaden gereichen würde und führte hierfür die amtlich festgestellten Zahlen des Im-portes Deutschlands an Weizen in den letzten 10 Jahren an. An der Hand dieser Zahlen zeigte Redner, wie die Abnahme des russischen Imports an Weizen von 289 000 Tonnen im Jahre 1892 auf 21 000 Tonnen im Jahre 1893 auf den Preis nicht eingewirkt habe; der russische Platz sei von den Vereinigten Staaten, Argentinien und Rumänien eingenommen worden. Der Preis in Deutschland bilde sich nach dem Weltmarktpreise und dem Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkte; der Zoll an der russischen Grenze sei in der zweiten Hälfte 1893 und in den ersten Monaten 1894 bei der Preisbildung gar-nicht zur Geltung gekommen. Die Befreiung, daß insbesondere der deutsche Roggenmarkt empfindliche Störungen durch die Herabsetzung dieses Zolles erfahren würde, vermochte Redner ebenfalls nicht zu theilen, wie er an der Hand der Einfuhr-ziffern und der notierten Preise schlagend nachwies. Die Aufrechterhaltung des Differenzialzollens an den deutsch-russischen Grenzen würde, wie Redner weiter darlegte, nicht verhindern, daß russisches Getreide auf den Weltmarkt drücke, indem deutsches, holländisches, belgisches Getreide an seiner Statt nach Deutschland gelangen würde; die Ursprungszeugnisse vermögen diesen Dingen einen Halt nicht zu gebieten. Sicherlich würden sich die ausländischen Mühlen nicht ver-lugern, russisches Getreide zu vermahlen und Mehl bei uns zu importieren, womit die deutsche Mühlen-industrie schwer gefährdet würde. Nur aus dieser Ueberzeugung, daß aus dem Vertrage der deutschen Landwirtschaft ein Schaden nicht erwachsen könne, habe die Industrie sich entschlossen, für den Vertrag einzutreten, der der deutschen Industrie nicht nur die Erhaltung des bisherigen Absatz-gebietes sichere, sondern es ihr auch ermögliche, ihren bisherigen Absatz ganz erheblich zu ver-mehren und zu erweitern. Auch Deutschland werde seinen Augen von der künftigen Entwicklung offen haben; nicht allein die Großindustrie, son-der auch das Kleinvertriebe werde dieser Vortheile aus dem Vertrage theilhaftig werden.

Die Landwirtschaft sollte sich vorgegenwärtig, daß 1879, als der Grund zu der nationalen Wirtschaftspolitik gelegt wurde, die auch den Schutz der Landwirtschaft brachte, die Hauptarbeit leitens der Industrie geleistet war. Die Industrie will das Bündniß aufrecht erhalten, welches sie damals mit der Landwirtschaft ge-schlossen hat; und wir wollen hoffen, daß die Wahrung, die mehrfach neuerdings gehört worden und die einzig den Fortbestand dieses Bündnisses befürwortet, von der Landwirtschaft bekräftigt wird und daß die Landwirtschaft der Industrie geben werde, was diese für sich und ihre Ar-beiter so dringend gebraucht. (Lebhafte, allseitige Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Müller hofft, daß die jetzt zu politischen Zwecken fanatisirte Landwirt-schaft noch rechtzeitig einsehen werde, daß eine blühende Industrie in erster Linie auch der Land-wirtschaft zu Gute käme und daß beide produ-ktiven Stände nur gewinnen könnten, wenn die Interessen beider gewahrt werden. Im vorliegen-den Falle handle es sich nicht um eine Schädigung der Landwirtschaft, dieser würde die Industrie nicht zustimmen, wohl aber um eine wesentliche Förderung der industriellen Interessen. Redner schloßte jedoch die Thätigkeit des Zollbeiraths, welcher durch seine fortgesetzte Verbindung mit den Interessenten es ermöglichte, daß jedes russische Angebot genau nach dem Interesse der betreffenden deutschen Industrie geprüft wurde, so daß jede Position wohl erwogen wurde und das möglichst Erreichbare darstellte. Man müsse sich vergegen-wärtigen, daß Russlands Handelspolitik eine scharf ausgeprägte protektionistische Richtung verfolgt, die aufzugeben ihm nicht zugemuthet werden konnte. Was aber erreicht worden, sei selbst unter diesem Gesichtspunkte noch sehr werthvoll. Es sei zu hoffen, daß die Erhöhungen, welche damit gemacht wurden, daß praktische Geschäftseleute hinter den Unterhändlern gestanden, dazu führen werde, daß in Zukunft an diesem Modus festgehalten werden wird. (Bravo!)

Kommerzienrath Vogel legte die Gesichts-punkte dar, unter welchen der Zollbeirath zu ar-beiten hatte; dieser dürfte sich nur als ehrlicher Wächter für die gesamte deutsche Industrie füh-len, nicht preussische, sächsische, süddeutsche Inter-

essen, nicht die Interessen dieser oder jener In-dustrie wahrnehmen. Es müßten solche Zollsätze erreicht werden, welche die Gefahr beseitigten, daß erneut deutsche Intelligenz, deutsches Kapital nach Rußland auswanderte, um dort eine Industrie zu begründen, welche dem deutschen Vaterlande ver-loren ginge. In der Ermöglichung des Exports nach Rußland liege die Befestigung dieser Gefahr. Bei dem Bestreben, gerade den weiterverbreiteten Industriellen Vortheile zuzuwenden, war auch der Gesichtspunkt maßgebend, den weitesten Gauen des deutschen Vaterlandes diese Vortheile zuzuwenden. Ein einzelner Beispielen legte Redner dieses Ver-stehen und die Erfolge, die erzielt wurden, dar. Redner hofft, daß die Erfahrungen, die jetzt ge-macht seien, die Regierung dahin führen würden, künftig die Zollbeiräthe direkt bei den Verhand-lungen zu betheiligen.

Der Vorsitzende, Kommerzienrath Häfeler, dankt den Referenten für ihre Ausführungen und giebt dem Wünsche Ausdruck, daß die überzeu-genden Darlegungen des Herrn Bueck auch bei den Gegnern des Vertrages Würdigung finden mögen. Mit dem besondern Danke für Herrn Bueck für dessen vortreffliches Referat verbindet der Vor-sitzende auch den Dank für die Herren Häfeler, Müller und Vogel für deren unermüßliches, er-folgreiches Bemühen um das Zustandekommen des Vertrages. Die Versammlung stimmte diesem Danke lebhaft zu und votirte denselben durch Er-heben von den Sitzen.

Deutschland.

Berlin, 20. Februar. Das „Mar.-Ver.-Bl.“ veröffentlicht in seiner jüngsten Nummer folgenden kaiserlichen Erlass über die Ernung der Opfer des Unglücksfalles auf der „Brandenburg“:

„Ziel erschüttert von dem Unglücksfalle, der sich auf meinem Panzerschiffe „Brandenburg“ am 16. dieses Monats durch einen Bruch eines Ventils der Dampfkesselung zugezogen hat, befrage ich mit meiner Marine den Verlust so vieler braver, ihrem Kaiser und dem Vaterlande bis in den Tod ge-trauer Männer. Sie sind ihrem Beruf zum Opfer gefallen und haben ihre Pflicht und Schuldigkeit gethan bis zum letzten Athemzuge, wie ich das von dem Personal meiner Marine, auch hinsichtlich des Maschinenpersonals, an das besonders hohe Anforderungen herantraten und denen das-selbe sich alle Zeit gewachsen gezeigt hat, zu er-warten Anlaß habe. Diese Opferwilligkeit wird immer ein Zeichen der Nachseherung bleiben, an-zugreifen da, wo der Beruf hinführt, im Kriege und im Frieden. Um das Andenken der in der Ausübung ihres Dienstes Verbliebenen zu ehren, bestimme ich, daß allen bei der Vererbung die gleichen Ehrenbezeichnungen zu erweisen sind wie den vor dem Feinde gefallenen Kombattanten.“

— Zu dem Unglück auf S. M. S. „Brandenburg“ wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: „Wie sehr das Reichsmarineamt bemüht ist, derartige traurige Geschehnisse, wie sie sich an Bord des Panzerschiffes 1. Klasse „Brandenburg“ ereignet haben, zu verhüten, beweisen die betreffen-den Paragraphen aus der Dienstvorschrift der kaiserlichen Marine, die von den Probefahrten, den Abrechnungsbedingungen u. s. w. eines Kriegsschiffes handeln. Für die Prüfung über die Leistungsfähigkeit und tadellose Ausführung der Kessel- und Maschinenanlagen befinden sich in der Dienstvorschrift die eingehendsten Instruktionen, die vor jeder endgültigen ersten Inbetriebnahme eines Schiffes angewandt werden müssen. Ehe überhaupt an Probefahrten in offener Wasser zu denken ist, finden die verschiedenen Dampfessel- und Maschinenproben auf der Stelle statt, wobei die Schiffe durch besondere Vorrichtungen fest verankert werden, damit sie sich nicht in Fahrt jagen können. Erst nachdem sich die gesamte Maschinenanlage als tadellos hergestellt und ar-beitend erwiesen hat, gehen die eigentlichen Probe-fahrten von Statten, die sich in erster Linie wiederum auf die Leistungsfähigkeit der Schiffsmaschinen erstrecken. Die mit den Probefahrten beauftragten leitenden Ingenieure erstatten von Zeit zu Zeit ihrer vorgesetzten Behörde über jeden einzelnen Maschinenheil eingehenden Bericht. Erst nachdem so die Brauchbarkeit der Schiffsmaschinen und Kesselanlagen hergestellt ist, werden weitere Probefahrten befohlen, die die Seetüchtigkeit des Schiffes, seine Steuerfähigkeit u. s. w. darthun sollen.“

Nicht ohne Absicht hat der Kaiser in seinem Telegramm an den Schiffskommandanten der „Brandenburg“, Kapitän zur See Vandemann, von „Gefahren“ gesprochen, zu deren Verhütung eine Gedächtnistafel in der Garfunkelstraße zu Kiel gestiftet werden wird; denn bereits vor Jahren, nach dem Untergang der Kriegsschiffe „Geben“ und „Alex“ in der Zeit vom 13. bis 17. März 1889, betonte der Kaiser in einer Rede im Offizier-Kasino zu Wilhelmshafen, daß diejenigen Komman-danten nicht als „verunglückt“ oder „ertrunken“ be-trachtet werden müssen, die bis zum letzten Augen-blick ihre Pflicht erfüllt haben; vielmehr sei ein derartiger Vorfall dem gleich zu achten, der einen Tapferen im Sturm auf eine feindliche Stellung, mit dem Degen in der Hand ereilt.“

Wie aus Wilhelmshafen gemeldet wird ist während des Aufenthaltes des Kaisers daselbst ein Besuch des neuen Panzerschiffes „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ in Aussicht genommen, wel-cher am heutigen Nachmittag erfolgen soll. Für den morgigen Mittwoch ist die Befestigung der neuen Hauptbatterie beabsichtigt, wozu sich der Kaiser vom Alten Hafen aus mittelst Tor-pedobootes begeben wird. „König Wilhelm“, dessen 25jähriges Jubiläum in Gegenwart des Kaisers heute gefeiert wird, ist der erste Panzer, der in den Dienst der preussischen Flotte gestellt wurde. „König Wilhelm“ wurde auf der Werft zu Bachwall bei London auf Stapel gelegt und war eigentlich für die Türkei bestimmt. Da aber dieser Staat nicht zahlen konnte, so kaufte Preußen das Schiff. Am 25. April 1868 lief „König Wilhelm“ vom Stapel, und der innere Bau wurde so beschleunigt, daß das Schiff am 20. Februar 1869 in Dienst gestellt werden konnte. Sein erster Kommandant war Kapitän Henk. Am 1. Mai 1869 wurde es nach Kiel überführt. Im Krieg 1870 nahm es insofern Theil, als es die Lademündung unter Badnam gegen die französische Flotte zu vertheidigen hatte. 1871 wurde es außer Dienst gestellt und gründlich renowirt. Am 31. Mai 1878 rampte es den „Großen Kurfürsten“ an und wurde so schwer beschädigt, daß es am 1. Juni 1878 in die Werft zu Kiel überführt wurde. Am 3. Juli 1887 nahm es an den Fest-

lichkeiten zur Grundsteinlegung des Nordostsee-kanals Theil. In neuerer Zeit wurde „König Wilhelm“ wieder „modernisirt“ und mit elektrischem Licht u. s. ausgestattet. Es besitzt jetzt 15 Knoten Geschwindigkeit.

— Auf die aus Anlaß der fünfzigjährigen Wiederkehr des Tages, an welchem König Friedrich Wilhelm IV. das Protektorat über die preussischen Gustav Adolf-Vereine übernahm, an den Kaiser gerichtete Adresse ist, der „Post“ zufolge, dem Vorstand des Brandenburgischen Haupt-Vereins fol-gende Antwort zugegangen:

„Berlin, den 16. Februar 1894.
Se. Majestät der Kaiser und Königin haben Allerhöchst sich lebhaft darüber geäußert, daß der Vorstand des Hauptvereins der Gustav Adolf-Stiftung in der Provinz Brandenburg der fünfzig-jährigen Wiederkehr des Tages, an welchem des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV. Majestät das Protektorat über die Gustav Adolf-Stiftung in den preussischen Landen übernommen haben, in so pietätvoller Weise gedacht hat. Se. Majestät lassen dem Vorstande für die Kundgebung treuer Dankbarkeit und das Gelübde, den in der Allerhöchsten Ordre vom 14. Februar 1844 so trefflich vorgezeichneten Zielen alle Zeit nachzustreben, her-zlich danken. Es wird Se. Majestät eine ganz be-sondere Freude gewähren, auch ferner das segens-reiche Werk der Gustav Adolf-Stiftung nach Kräf-ten fördern und die anspornende Thätigkeit der preussischen Vereine mit Allerhöchster Würde Theilnahme begleiten zu können. Auf Allerhöchsten Befehl lege ich den Vorstand hiermit er-gewünscht in Kenntniß. Der Geheim-Kabinettsrath, Wirtk. Geh. Rath gez. Lucanus.“

— Im Abgeordnetenhaus wird voraussicht-lich morgen Mittwoch die Frage der Staffeltarife zur Erörterung kommen. Wie die „Nat.-Lib. Korr.“ hört, wird die Regierung erklären, daß sie einem Druck von bündnisstheiliger Seite nicht nachgeben, die Sache aber nochmals einer Prüfung unter-ziehen wolle. Zu diesem Zweck soll alsbald der Handelsabnath einberufen werden.

— Man erinnert sich noch der Vorgänge in Kowno oder Kowbe, die gewaltthame Schließung einer katholischen Kirche, wobei Kosaken auf Be-fehl des russischen Gouverneurs in die Kirche einbrachen und gegen die dort Versammelten arge Ansehlichkeiten begangen haben sollen. Der Papst soll sich deswegen in einem privaten Schrei-ben an den Zaren gewendet haben, welcher letzterer vom Chef des Departements der fremden Kulte, Fürsten Kantakuzen, einen Bericht verlangte. Dieser Bericht wurde vom General Driewski revidirt und stellte die Sache so harmlos dar, daß dem Zaren und dem Papste kein Anlaß ge-geben war, auf dieselbe zurückzukommen. Nun sind aber, wie der „Pester Lloyd“ wissen will, dem Vatikan neuestens Eröffnungen zugegangen, welche die ersten Berichte über jene von den Kosaken verübten Grausamkeiten bestätigen. Die Angelegenheit wird demgemäß der erwähnten Quelle zufolge, neuerlich untersucht werden.

— Die Kommission für Arbeiterstatistik ver-handelte in ihren Sitzungen am 14., 15. und 16. d. Mts. über die Frage der Regelung der Arbeits-zeit und der Sonntagsernte in Bäckereien.

Beim Beginn der ersten Sitzung wurden, wie der „Reichsanz.“ mittheilt, einige auf diesen Gegenstand der Tagesordnung bezügliche Eingaben zur Kenntniß der Kommission gebracht. Nach einem einleitenden Bericht des königlich württem-burgischen Regierungs-Präsidenten von Schiller über die Ergebnisse der bisherigen schriftlichen Ermitt-lungen wurde sodann zur Vernehmung der 24 Auskunftspersonen geschritten, bei der abwechselnd Vertreter der Meisterhaft und Vertreter der Ge-sellenchaft gehört wurden. Zunächst wurden hie-rbei die Unterschiede der verschiedenen Betriebe, die Beschäftigten, die Wohnverhältnisse des Publikums u. s. w. in den verschiedenen Gegenden des Reiches besprochen, sowie ferner die Frage, ob und inwiefern vorübergehende Unregelmäßigkeiten im Verlauf des Bäckereibetriebes und im Gange des Dienstes einen Einfluß auf die Dauer der Arbeitszeit ausüben. Im Anschluß hieran wurde den Auskunftspersonen die Frage vorgelegt, ob sie eine gezielte Beschränkung der Arbeitszeit der Bäckergesellen auf eine Dauer von täglich ungefähr zwölf Stunden für durchführbar hielten. Dabei wurden insbesondere folgende Möglichkeiten eingehend erörtert: eine tägliche Arbeitszeit von zwölf Stunden einschließlich der Pausen, eine wöchentliche Arbeitszeit von 72 oder von 75 Stunden, bei der alle Pausen von einstufiger oder längerer Dauer in Abzug zu bringen wären, und eine tägliche Arbeitszeit von 14 Stunden einschließlich zweier Pausen von je einer Stunde. Die Vernehmungen werden steno-graphisch aufgenommen. Das Protokoll wird ge-druckt und veröffentlicht werden. Die Verhand-lungen am 17. d. M. begannen mit der Verneh-mung der Auskunftspersonen aus dem Konditorei-Gewerbe.

— Zur Parteiorganisation schreibt die „Kon-servative Korrespondenz“:
„Der konservative Parteitag vom 8. Dezember 1892 hatte beauftragt den Vorstand des Wahl-vereins der deutschen Konservativen beauftragt als ständigen Parteivorstand einen Ausschuß von etwa 48, das allgemeine Vertrauen der Partei genießenden Mitgliedern, die zu einem Theile von den parlamentarischen Körperschaften, zum andern Theile von den Parteigenossen bzw. in den Pro-vinzen gewählt werden sollen, zu konstituieren. Nachdem der Vorstand des Wahlvereins am 20. März v. J. beaufs Vorberathung dieser Angelegen-heit eine besondere Kommission, bestehend aus den Herren Freiherr von Manteuffel-Krosigk, Graf v. Gumboldt-Sirum und Hofrath Dr. Mehnert, niedergesetzt hatte, sind von denselben in mehr-fachen Besprechungen die Grundlagen für die Neu-bildung des Parteivorstandes präparirt, am Sonn-abend dem Gesamtvorstande vorgelegt und von diesem im Großen und Ganzen acceptirt worden. Demgemäß wird der Parteivorstand bzw. der Vorstand des Wahlvereins der deutschen Kon-servativen in Zukunft aus 53 Mitgliedern, von denen 29 durch die Parteigenossen im Lande und 24 von den parlamentarischen Körperschaften delegirt wer-den sollen, bestehen. Die Dauer der Mandate für die Parteimitglieder aus dem Lande beträgt 5 Jahre. Die Mandate der von den Parliamen-tarischen gewählten Herren gelten für die Dauer der Legislaturperiode. Die Wahl der erstgenäh-ten 29 Parteimitglieder findet auf Provinzial- bzw. Landesparlamenten statt; konservative Vereine, die solche sind gemäß den gesetzlichen Bestim-mungen über das Vereinswesen zur Vornahme dieser Wahlen nicht bezeugt. Die Auswahl der 29 Vor-

standsmitglieder aus dem Lande ist den Partei-genossen anheimgestellt; es wird erwartet werden müssen, daß hierbei thätigst die verschiedenen Berufsstände berücksichtigt werden. Die Einbe-rufung der Parteitage, die gleichzeitig auch zur Belebung und Befestigung der engeren Organi-sation der Partei auszuwirken sein werden, ist un-gesamt zu veranlassen. Aufforderungen hierzu sind an die bezieligen Stellen bereits ergangen.“

Breslau, 19. Februar. Die auf Veran-lasung der hiesigen Handelskammer für heute Abend anberaumte Versammlung von Delegirten silescher Handelskammern und wirtschaftlicher Vereine, sowie von Breslauer Kaufleuten und Industriellen zwecks Stellungnahme zum deutsch-russischen Handelsvertrage war äußerst zahlreich besucht. Nach beifällig aufgenommenen Vor-trägen des Handelskammer-Präsidenten Geh. Kommerzienraths des Molinari und des Handels-kammer-Syndikus Gotheim nahm die Versamm-lung eine Resolution zu Gunsten des Ver-trages an.

Wien, 19. Februar. Wie der „Allg. Volks-zeitung“ aus Mailand gemeldet wird, kommt das bei Esenbort geplante militärische Liebes-lager nur theilweise zu Stande, weil der vom Reichstag bewilligte Kredit von 2 1/2 Millionen Mark nicht einmal die Höhe der Grundentfähi-gung erreicht. Nöthig sind 4 Millionen Mark.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. Februar. Anarchistenprozeß. Der Angeklagte Döpel erklärt bei dem Verhör, er sei Anarchist und wolle seine Ziele durch Anwendung von Gewalt erreichen. Der Angeklagte leugnete jedoch, in Versammlungen Vorträge über Bomben gehalten zu haben, worauf ihm der Präsident die gegenwärtigen Aussagen der Mitangeklagten vorhielt. Nach dem Verhör Döpels wurde die Verhandlung unterbrochen. In der Nachmittags wieder aufgenommenen Verhandlung wurden die Angeklagten Döpel und Stilla dem Verhör unterzogen. Döpel gesteht die Herstellung von Flugchriften und Sprenggeschossen zu, leugnet aber, deren Verwendung beabsichtigt zu haben. Stilla giebt die Theilnahme an den anarchischen Versammlungen zu. Von dem Inhalt der in-trinirirten Flugchriften habe er keine Kenntniß ge-habt, weil er nicht lesen konnte.

Wien, 19. Februar. Im niederösterreichi-schen Landtag haben heute die Antimilitari-schen Ständebasen hervorgehoben, wie solche hier zu Lande in einer parlamentarischen Körperschaft noch niemals vorgekommen sind, indem gegen den Bundesrath und den Stathalter umgekehrt eine Stunde lang mit betäubendem Lärm protestirt wurde. Der Stathalter, welcher antimitarische Verordnungen attestmäßig widerlegte, war durch den Standal außer Stande, seine Darlegungen zu beenden.

Nachmittags fanden abermals Demonstra-tionen von Arbeitlosen auf der Schmelz statt. Ungefähr 500 Personen, die sich angeammelt hatten, wollten nach der Stadt ziehen, berittene Polizei zerprengte die Demonstranten; mehrere Personen wurden wegen Widerstandes zur Haft gebracht.

Frankreich.

Paris, 19. Februar. Die Deputirten-kammer setzte die Diskussion über die Getreidezölle fort. Die Deputirten Leon Say und Melne wiesen den Gegenwortsatz des Deputirten Jaures zurück und bekämpften dessen sozialistische Theo-rien. Der Deputirte Guébaud sagte, die Arbeiter hätten weder von den Schutzzöllen, noch von den Freihändlern etwas zu erwarten. Die So-zialisten wiesen jedes Eingreifen des Staates in die Gesellschaft zurück. (Beifall auf der äußersten Linken.) Der Deputirte Jules Roche kritisiert die Schutzpolitik, die den Handel und die In-dustrie Frankreichs ruiniere, und es Deutschland möglich mache, Frankreich den Schweizerischen und bald vielleicht auch den russischen Markt zu entreißen.

In Valence und Reims wurde je ein, in Romans und Umgebung zehn und in Lyon sieben Anarchisten verhaftet.

Großbritannien und Irland.

London, 18. Februar. Ueber die polizeiliche Durchsuchung des „Anarchistenheims“ berichten die hiesigen Blätter:

Am Freitag Abend um 9 Uhr über-rumpelte die Polizei kein in der Windmill Street liegenden Klub „Autonomie“. Inspektor Melville von Scotland Yard führte den Zug. Das Spezialfeld dieses gewichtigen Polizeimeines bilden die anarchoistischen Umtriebe. Der Inspektor war von 5 Scotland Yard-Geheimpolizisten und mehreren Duzend gewöhnlicher Schutzeleu in bürgerlicher Kleidung umgeben. Der Streich gelang vollkommen. Es war anzunehmen, daß der Klub gestern Abend zahlreiche Besucher haben werde, um das Ereigniß des Tages zu bezeugen. Eine daß es zu irgend einer Scene kam, erlangte die Polizei Einlaß. Dann wurden alle Eingänge besetzt und sämtliche Insassen des Klubs für einweisen verhaftet erklärt. Sergeant Walsh wurde als Thürhüter bestellt, um allen später kommenden Anarchisten als Pfortner zu dienen. Die Affäre ging so still ab, daß man auf der Straße absolut nichts gewahr wurde. Die ge-wöhnliche Stunde war die denkbar glänztigste. Anarchisten sind Nachzügler. Um 9 Uhr ist ein Anarchisten-Klub ziemlich verödet. Aber von 10 Uhr beginnt sich das Volkchen zu sammeln. Dem modus procedendi der Polizei fehlte es nicht an einem humoristischen Element. Sobald ein Frem-dling an die Thür klopfte, ließ ihn Sergeant Walsh höflich hinein. Raum aber im Laufe, wurde ihm befohlen, sich in das Sonntagsra-zu begeben, wo der Inspektor Melville, umgeben von seinen Getrenen, Verhör hielt. Die meisten Anarchisten brauchten ihm nicht vorgeführt zu werden. Der lebenswüthige Inspektor konnte sie gleich mit Namen aufrufen. Er kennt sie fast Alle. Jeder mußte seine Wohnung und Be-schäftigung angeben. Unter den Besuchern des Klubs waren alle Nationalitäten vertreten, be-sonders aber waren darunter viele Franzosen und Deutsche. Die folgende Kenntniß des Englischen schloßte die Letzteren nicht. Der Inspektor begann dann einfach das Verhör in ihrer Mutterprache. Nicht Niemand setzte Widerstand entgegen und fast Wenige waren verhältnismäßig mittheil-sam. Nur ein Franzose wollte mit Gewalt wieder in die falsche Nachtluft. Er wurde schließlich so aggressiv, daß ihm Handfesseln angelegt werden mußten. Dann aber fügte er sich der in der „Autonomie“ derweilen eingeführten Diktatur. Viele von den

Auch die Expeditionen unseres Blattes sind bereit, Beiträge für obige Sammlung zur Ablieferung an den Staatssekretär des Reichsmarineamts anzunehmen.